



HDE



Konsumbarometer

APRIL 2020

Vorsprung durch Wissen.



APRIL 2020

ERSTELLT FÜR

Handelsverband Deutschland - HDE e.V.
April 2020

ERSTELLT VON

HANDELSBLATT RESEARCH INSTITUTE

INHALT

Gesamtwirtschaftliches Umfeld.....	4
Umfrageergebnisse.....	11
Methodik.....	18
Lange Reihe der Werte des HDE-Konsumbarometers und der Einzelindizes (ab 10/2016).....	19
Rechtlicher Hinweis	21

Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Die ersten drei Monaten des Jahres 2020 waren durch drei globale Krisen gekennzeichnet, die sich gegenseitig bedingen:

Am 7. Januar 2020 wurde von den chinesischen Behörden das Auftreten eines neuartigen Coronavirus, SARS-CoV-2, gemeldet. Vorangegangen war das vermehrte Auftreten von Lungenentzündungen in der Provinz Wuhan, die auf die durch das Virus ausgelöste Lungenkrankheit COVID-19 zurückzuführen waren. Knapp drei Monate später, am 1. April 2020 lag die Anzahl der weltweit mit SARS-CoV-2 infizierten Menschen bei 873.767, nahezu 44.000 Menschen waren an den Folgen gestorben. In Deutschland wurden zum gleichen Zeitpunkt 72.383 Infizierte bei 788 Todesfällen gemeldet. Da der Verlauf der Krankheit bei vielen Menschen jedoch ohne oder nur mit leichten Symptomen verläuft, gehen Experten davon aus, dass die Dunkelziffer der tatsächlich Infizierten um ein Vielfaches über den offiziellen gemeldeten Zahlen liegt. Es handelt sich mithin um **eine globale Gesundheitskrise**.

Zentrales Problem bei der schnellen Verbreitung des neuartigen Virus ist, dass es bisher weder eine Möglichkeit der medikamentösen Behandlung noch einen Impfstoff gibt. Während bei dem Großteil der Betroffenen nur leichte Krankheitsverläufe auftreten, die ohne medizinische Versorgung auskuriert werden, kommt es bei schweren Fällen – mehrheitlich bei älteren Menschen mit Vorerkrankungen – häufig zur Notwendigkeit einer intensivmedizinischen Behandlung und Versorgung durch Beatmungsgeräte. Kein Gesundheitssystem der Welt, auch nicht das deutsche, ist auf die möglichen prognostizierten Anforderungen an die intensivmedizinische Versorgung bei einer ungebremsten Ausbreitung des Virus vorbereitet – **eine Krise der Gesundheitssysteme**.

Um die Verbreitung des Virus zu verlangsamen, um so eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern, wird seit einiger Zeit das öffentliche Leben in vielen Ländern durch massive Restriktionen eingeschränkt. In Deutschland sieht dies wie folgt aus:

- Am 10. März verbieten die ersten Bundesländer, die grundsätzliche Durchführung von Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Besuchern;
- Am 13. März schließen bundesweit Schulen, Hochschulen und Kindertagesstätten.
- Am 15. März führt Deutschland weitgehende Grenzkontrollen zu Frankreich, Österreich und der Schweiz ein;
- Am 22. März wird bundesweit ein Kontaktverbot eingeführt, abgesehen von Ausnahmen für Familien und zwingend nötigen beruflichen Treffen, sind Zusammenkünfte von mehr als zwei Personen untersagt.

- In ganz Deutschland sind Restaurants, Bars und Einzelhandelsgeschäfte, die nicht die Grundversorgung sichern, geschlossen. Millionen Arbeitnehmer arbeiten im Home Office – oder sind freigestellt, weil Bänder stillstehen – um Mitarbeiter zu schützen, zumal wenn die Nachfrage weggefallen ist oder Vorprodukte fehlen.
- Internationale Lieferketten stocken oder sind sogar zusammengebrochen.

Aus der weltweiten Verbreitung des Virus hat sich binnen weniger Wochen eine **Weltwirtschaftskrise** entwickelt. Wie stark der wirtschaftliche Einbruch sein wird und wie lange er anhalten wird, ist bislang nicht absehbar – die Situation ist ökonomisch beispiellos. Ökonomische Konjunkturindikatoren sowie die Einschätzung vieler Ökonomen deuten aber darauf hin, dass die „Coronakrise“ eine mindestens ebenso tiefe Rezession wie die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 zur Folge haben wird.

Der ifo Geschäftsklimaindex, einer der wichtigsten Konjunkturindikatoren in Deutschland, notierte im März bei 86,1 Punkten. Dies war nicht nur der niedrigste Wert seit Juli 2009, sondern mit einem Rückgang von 9,9 Punkten zum Vormonat auch der stärkste Rückgang, der im wiedervereinigten Deutschland jemals verzeichnet wurde. Dieser starke Rückgang des Index lässt erahnen, wie stark die gesamtwirtschaftliche Leistung Deutschlands in den kommenden Monaten zurückgehen dürfte.

Traditionell veröffentlichen die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute im März jedes Jahres aktualisierte Konjunkturprognosen. In den aktuellen Voraussagen wird – unisono – eine schwere Rezession erwartet.

Das ifo Institut in München veröffentlichte am 19. März seine Frühjahrsprognose. Die Erwartungen: Ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 1,5 Prozent im Jahr 2020, getrieben vor allem durch den massiven Einbruch der privaten Konsumausgaben um 2,6 Prozent. Die ifo Ökonomen versäumten nicht den Hinweis beizufügen, dass diese Prognose vor dem Hintergrund der dynamischen Krisenentwicklung sehr unsicher sei. Und so dauerte es auch nur vier Tage bis das Institut ein Update folgen ließ, welches eine mediale Welle auslöste: „Die Kosten werden voraussichtlich alles übersteigen, was aus Wirtschaftskrisen oder Naturkatastrophen der letzten Jahrzehnte in Deutschland bekannt ist“, sagte ifo Präsident Clemens Fuest. Grundlage dieser pessimistischen Aussage sind folgende Szenarien. Bei einem zweimonatigen Shutdown der Wirtschaft würde die gesamtwirtschaftliche Leistung des Landes um 7,2 bis 11,2 Prozentpunkte sinken, bei einem dreimonatigen Stillstand könnte der Einbruch bei bis zu 20,6 Prozentpunkten liegen. Auf dem Arbeitsmarkt dürften dann bis zu 1,8 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse abgebaut werden, und bis zu sechs Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer könnten in Kurzarbeit geschickt werden. Das ifo-Extrem-Szenario eines dreimonatigen Stillstands des

Wirtschaftslebens in Deutschland stellt freilich den oberen Rahmen der aktuellen Vorhersagen dar, viel Optimismus verbreiten aber auch andere nicht.

Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel (ifw) ging noch in seiner am 11. März veröffentlichten Frühjahrsprognose von einem moderaten Rückgang des BIP von nur 0,1 Prozent aus, um eine Woche später ein Update nachzureichen, in dem ein Rückgang um 4,5 bis 9 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Leistung der deutschen Volkswirtschaft erwartet wurde. Der Präsident dieses Instituts, Gabriel Felbermayr, ließ sich im Handelsblatt – kaum weniger pressewirksam als sein Kollege Fuest aus München, um nicht zu sagen reißerisch – mit der Befürchtung zitieren, dass diese Rezession „die Mutter aller Rezessionen“ werden dürfte.

Die anderen Institute haben in den vergangenen Tagen ebenfalls ähnlich markante Kurswechsel in der Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des Landes vorgenommen: So prognostizierte das Institut der deutschen Wirtschaft in Berlin (DIW) in der Frühjahrsprognose noch in einem moderaten Szenario einen nur leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,1 Prozent, ehe DIW-Präsident Marcel Fratzscher diese Prognose in einem Interview mit dem Handelsblatt zurücknahm, und sich mit der Einschätzung zitieren ließ: „Es gibt keine verlässlichen Prognosen, wie stark die Wirtschaft betroffen sein wird. Ein Schrumpfen der deutschen Wirtschaft im Jahr 2020 um 20 Prozent ist denkbar, es könnte aber auch deutlich milder oder deutlich stärker sein“. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmeier gab unterdessen zu Protokoll, dass ein Einbruch des BIP in der Größenordnung der Rezession von 2009 – ein Einbruch um 5,7 Prozent, möglich sei.

Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat am 30. März anlässlich der Corona-Pandemie ein Sondergutachten veröffentlicht, in dem verschiedene Szenarien für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in nächster Zeit diskutiert werden. Neben einem Basisszenario, in dem das BIP in diesem Jahr um 2,8 Prozent sinkt und anschließend im Jahr 2021 wieder um 3,7 Prozent steigt, wurden auch zwei Risikoszenarien berechnet. Das erste Risikoszenario beschreibt einen V-förmigen Verlauf, bei dem das BIP in 2020 um 5,4 Prozent schrumpft, sich anschließend allerdings wieder schnell erholt und 2021 um 4,9 Prozent wächst. Beim zweiten Risikoszenario wäre der Einbruch in diesem Jahr mit 4,5 Prozent zwar etwas milder, der Verlauf ist aber U-förmig, sodass sich die Erholung über einen langen Zeitraum ziehen würde und eine echte Rückkehr zur wirtschaftlichen Normalität auch im nächsten Jahr nicht der Fall wäre.

Zum aktuellen Zeitpunkt lassen daher drei Dinge festhalten:

Unsicherheit:

Alle aktuellen Prognosen sind mit großer Unsicherheit behaftet – mehr noch als in „normalen

Zeiten“. Prognosen beruhen stets auf Analysen von vergangenen Entwicklungen. Bei einem unerwarteten massiven Schock, einem als „schwarzer Schwan“ bezeichneten Strukturbruch der Rahmenbedingungen, müssen sie daher versagen. Dass es sich beim derzeitigen ökonomischen Lock-Down weiter Teile der industrialisierten Welt, um die Verbreitung dieser Pandemie zu verzögern, um einen fundamentalen Strukturbruch handelt, der alle Prognosemodelle, die auf einer unterstellten Vergangenheit-Zukunft basieren, entwertet, liegt auf der Hand.

Die zentrale Quelle der Unsicherheit ist dabei, dass sich der weitere Verlauf des ökonomischen Stillstands nicht absehen lässt. Wie schnell die Suche nach Medikamenten und einem Impfstoff vorangeht, wie sich die Übertragungsraten des Virus vor dem Hintergrund der bisher getroffenen Maßnahmen entwickelt und wie lange diese aufrecht erhalten werden, ist unklar. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft müssen derzeit „auf Sicht“ fahren.

Globale Rezession:

So unsicher die konkreten Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung in den kommenden Monaten auch sein mögen, feststeht, dass eine tiefe, weltweite Wirtschaftskrise bevorsteht, deren Dauer nicht absehbar ist.

Deutschland vor besonderen Herausforderungen:

Die deutsche Wirtschaft steht in dieser Situation vor einer besonderen Herausforderung. Zum einen ist diese Ökonomie wie keine andere der großen Industrienation in die internationale Arbeitsteilung eingebunden. Bereits im vergangenen Jahr wurde dieser Umstand, der Deutschland lange Zeit zum großen Gewinner der Globalisierung gemacht hatte, zu einer Belastung. Das zunehmende Nationaldenken bei vielen wichtigen Handelspartnern machte der deutschen Exportwirtschaft zu schaffen. Die aktuelle Situation trifft die deutsche Wirtschaft daher besonders hart. Operativ sind viele Exporteure zudem durch die „Corona-bedingten“ verschärften Grenzkontrollen negativ betroffen. Zudem brechen wichtige Abnehmermärkte ein. Exemplarisch ist etwa die Automobilproduktion deutscher Hersteller im Inland wie im Ausland weitgehend zum Erliegen gekommen, da in den wichtigsten Zielländern China und USA die Märkte kollabiert sind. Ebenfalls die Maschinenbauer bekommen eine massive Investitionszurückhaltung ihrer traditionellen Kunden zu spüren. Diese Beispiele ließen sich nahezu beliebig vermehren.

„Krisengewinner“, etwa die Anbieter von Medizintechnik und Pharmaprodukten oder Lebensmittel- und Grundversorgungsproduzenten, können diese Verluste bei Weitem nicht kompensieren.

Die Probleme der exportorientierten Unternehmen sind gesamtwirtschaftlich zwar nicht mehr so relevant wie vor einigen Jahren, da sich in der Zwischenzeit der private Konsum zur wichtigsten Stütze der deutschen Wirtschaft entwickelt hat. So ist der Umstand, dass die

deutsche Industrie auch schon vor dem Corona-Ausbruch in einer Rezession steckte, hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ein Stück weit dadurch kompensiert worden, dass es kaum Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt gab und der private Konsum weitgehend hoch blieb. Dies wird sich zweifellos nun ändern.

Das IAB-Arbeitsmarktbarometer, ein Frühindikator für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, sank im März um 1,5 Punkte auf einen Wert von 100,4. Dies bedeutete den größten Rückgang seit der Einführung des Barometers im Jahr 2011. Zwar gilt auch hier, dass sich die konkreten Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt noch nicht absehen lassen. Die in jüngster Zeit zu beobachtende massive Ausweitung von Kurzarbeit wird in den kommenden Wochen mit hoher Geschwindigkeit weitergehen, und auch ein deutlicher Stellenabbau wird sich kaum verhindern lassen. Ein Anstieg von Kurzarbeit und eine zunehmende Arbeitslosigkeit wird den privaten Konsum zweifellos markant beeinträchtigen. So führt bereits die aktuelle Phase der Unsicherheit dazu, dass Verbraucher Ausgaben unterlassen, sie aber mindestens – sofern möglich – aufschieben. Zudem lassen sich viele der aktuell nicht getätigten Konsumausgaben nicht durch Catch-up-Effekte in der Zukunft nachholen: Weite Teile der als Folge des „Lock-down“ nicht getätigten Ausgaben in der Gastronomie, dem Tourismus, der Modebranche, dem Taxigewerbe bei allen personenbezogenen Dienstleistungen können in der Zukunft nicht nachgeholt werden.

Aktuell zeigt sich von der Corona-Krise am Arbeitsmarkt allerdings noch recht wenig. Am 31. März hat die Bundesagentur für Arbeit die aktuellen Zahlen veröffentlicht. So waren im März 2,335 Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos. Dies sind 60.000 Arbeitslose weniger als im Vormonat, verglichen mit dem entsprechenden Vorjahresmonat stieg die Anzahl hingegen um 34.000 Arbeitslose. Im Zuge der sinkenden Arbeitslosenzahl verringerte sich ebenfalls die Arbeitslosenquote um 0,2 Prozentpunkte auf 5,1 Prozent. Anlässlich der Vorstellung dieser aktuellen Zahlen betonte Detlef Scheele, Vorsitzender des Vorstands der Bundesagentur für Arbeit, allerdings auch, dass der Stichtag für die Datenerhebung der 12. März war. Die aktuelle Verschärfung der Corona-Krise ist in den Daten dementsprechend noch nicht abgebildet. Damit dürfte sich das Bild in den nächsten Monaten verändern.

Um die Folgen der gesamtwirtschaftlichen Krise abzuschwächen, hat die Politik ein unerwartet großes nachfragestützendes Programmpaket aufgelegt. Am 25. März wurde im Bundestag ein Nachtragshaushalt verabschiedet. Nach Jahren der „Schwarze-Null-Politik“ wurde für das laufende Jahr eine Neuverschuldung von 156 Milliarden Euro beschlossen. Die Summe setzt sich zusammen aus erwarteten Mindereinnahmen von 33,5 Milliarden Euro als Folge des gesamtwirtschaftlichen Abschwungs und zusätzlichen Ausgaben von 122,5 Milliarden Euro. Finanziert wird damit ein breites Maßnahmenbündel, das die kurzfristigen Verluste für Unternehmen und Arbeitnehmer abfedern soll. Dabei wurde unter anderem der

Zugang zum Kurzarbeitsgeld – bereits in der Krise 2009 ein zentrales Instrument für die Bekämpfung der Krisenfolgen – erleichtert, Selbstständige und Kleinstunternehmen werden mit Soforthilfen unterstützt. Neben den direkten monetären staatlichen Hilfen wurde ein neuer Schutzschirm mit einem Volumen von 600 Milliarden Euro für Unternehmen beschlossen. Ermöglicht werden sollen damit unter anderem Garantien für die Kreditvergabe, aber auch die Möglichkeit einer (Teil-)Verstaatlichung von Unternehmen.

Parallel dazu hat die Europäische Zentralbank ihre Geldpolitik noch weiter gelockert und ein 750 Milliarden Euro schweres Hilfsprogramm aufgelegt. Im Rahmen Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) wird die Zentralbank Anleihen im Wert von 750 Milliarden Euro aufkaufen. Beendet werden soll dieses Programm, wenn die Krise überstanden ist, frühestens aber Ende des Jahres 2020.

Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliche Daten

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	2019					Letztes Quartal zum Vorjahr in Prozent
		I/19	II/19	III/19	IV/19	
Real. Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,5	-0,2	0,2	0,0	0,3
Privater Konsum	1,6	0,8	0,1	0,5	0,0	1,2
Ausrüstungsinvestitionen	0,6	1,2	0,0	-1,4	-2,0	-2,6
Bauinvestitionen	3,9	2,6	-0,9	0,4	0,6	2,7
Ausfuhren	0,9	1,6	-1,3	1,0	-0,2	0,9
Einfuhren	1,9	0,5	-0,3	-0,4	1,3	1,2
Arbeitsmarkt, Produktion und Preise	2019	Dez 2019	Jan 2020	Feb 2020	Mrz 2020	Letzter Monat zum Vorjahr in Prozent
Industrieproduktion ¹	-3,6	-2,2	3,0	-	-	-2,6
Auftragseingänge ¹	-6,1	-2,1	5,5	-	-	-2,5
Einzelhandelsumsatz ¹	3,0	-1,6	1,0	-	-	2,2
Exporte ²	0,8	0,2	0,1	-	-	-1,9
ifo-Geschäftsklimaindex	97,1	96,3	95,9	96,0	86,1	-13,8
Einkaufsmanagerindex	44,5	43,7	45,3	47,8	48,0	0,4
GfK-Konsumklimaindex	10,0	9,7	9,7	9,9	8,3	-22,4
Verbraucherpreise ³	1,5	1,5	1,7	1,7	1,4	-
Erzeugerpreise ³	1,1	-0,2	0,2	-0,1	-	-
Arbeitslosenzahl ⁴	2267	2278	2274	2266	2267	1,6
Offene Stellen ⁴	775	715	712	706	697	-13,4

¹ Produzierendes Gewerbe, Veränderung zum Vormonat in Prozent; ² Veränderung zum Vormonat in Prozent; ³ Veränderung zum Vorjahr in Prozent; ⁴ in Tausend; saisonbereinigt.
Alle Angaben bis auf Vorjahrsvergleiche saisonbereinigt.

Quelle: Thomson Reuters

Umfrageergebnisse

Zur Interpretation der Einzelindikatoren

Das Konsumbarometer ist zukunftsorientiert. Es bildet daher nicht den aktuellen Konsum ab, sondern die Konsumstimmung, die sich im Verbrauch der nächsten drei Monate zeigt – Gegenstand der zukunftsgewandten Fragen sind daher die Erwartungen für die nächsten drei Monate.

Alle Indizes, die in das Konsumbarometer einfließen, sind so gebildet, dass ein Anstieg eines Teilindikators positiv auf das Konsumbarometer einwirkt. Dies bedeutet im Einzelnen: Steigende Werte der Teilindizes Anschaffungsneigung¹, Einkommens- und Konjunkturerwartung signalisieren, dass sich die dahinterliegende Neigung bzw. Erwartung verbessert und positiv auf das Konsumbarometer wirkt.

Beispiel: Die Erwartung steigender Einkommen bei den befragten Haushalten hat einen positiven Einfluss auf das Konsumbarometer.

Im Gegenzug impliziert eine Zunahme der Sparneigung und die Erwartung steigender Zinsen und Preise eine Dämpfung des Konsumklimas und damit des Barometerwerts: Bekunden die befragten Haushalte eine Erhöhung der Sparneigung, impliziert dies eine negative Wirkung auf den privaten Konsum. Dementsprechend ist der Indikator invers gebildet. Erwarten die Haushalte künftig steigende Preise, wirkt sich dieses nicht dämpfend auf den aktuellen Konsum, wohl aber auf die den zukünftigen Verbrauch beeinflussende Konsumstimmung aus und schlägt sich in einem geringeren Barometerwert nieder. Die Haushalte ziehen bei Erwartung steigender Preise Käufe vor, so dass der aktuelle Konsum ansteigt, sie aber in der Zukunft zurückhaltender werden.

¹ Bisher wurde dieser Teilindikator im Rahmen der Berichterstattung des HDE-Konsumbarometers „Konsumneigung“ genannt. Um Verwechslungen mit dem Gesamtindex – dem „HDE-Konsumbarometer“ – zu vermeiden, wird der Einzelindikator zukünftig als Anschaffungsneigung bezeichnet.

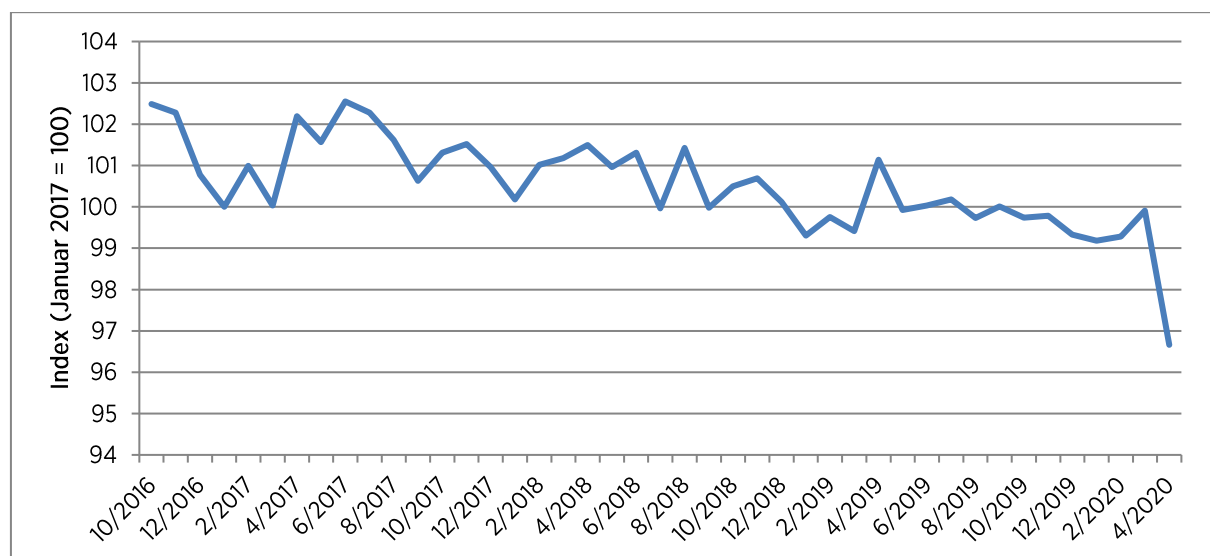
Tabelle 2: HDE-Konsumbarometer und Einzelindizes

	Nov 2019	Dez 2019	Jan 2020	Feb 2020	Mrz 2020	Apr 2020
HDE-Konsumbarometer	99,79	99,33	99,18	99,28	99,91	96,66
Einkommen	103,13	101,49	100,90	102,12	103,46	98,52
Anschaffungen	103,12	103,39	100,87	99,60	104,57	100,62
Sparen ^a	96,11	96,00	98,04	97,53	94,89	97,53
Preis ^a	97,58	97,95	96,50	98,17	97,30	96,55
Konjunktur	92,95	93,70	93,32	95,22	95,67	79,44
Zins ^a	108,74	105,01	108,33	104,88	104,23	109,78

Index: Januar 2017 = 100
^aBei diesen Einzelindikatoren wird ein inverser Zusammenhang mit der Konsumstimmung angenommen. Aus diesem Grund sind sie invers gebildet. Steigende Werte signalisieren, dass diese Einzelindikatoren positiv auf das Konsumbarometer wirken. Die dahinterliegende Neigung bzw. Erwartung sinkt zugleich aber (siehe auch Kasten Zur Interpretation der Einzelindikatoren).

Das HDE-Konsumbarometer ist als Index konstruiert. Basis sind die Befragungsergebnisse des Januar 2017, sodass für diesen Monat ein Indexwert von 100 festgesetzt ist. Dabei bildet das Barometer nicht das aktuelle Verbraucherverhalten ab. Vielmehr ist es zukunftsgerichtet und steht für die Verbraucherstimmung in den nächsten drei Monaten.

Abbildung 1: HDE-Konsumbarometer



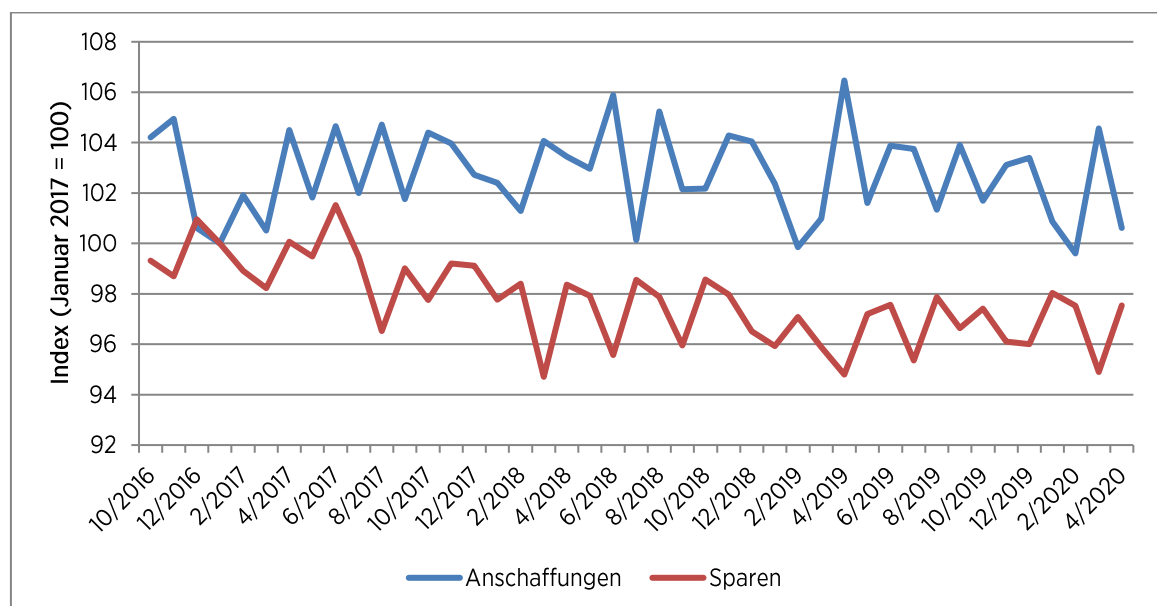
Die Unsicherheit und die Einschränkungen des öffentlichen Lebens in Folge der Corona-Pandemie zeigen bei den Verbrauchern in Deutschland im April deutlich eine Wirkung: Das HDE-Konsumbarometer fällt auf 96,66 Punkte – der tiefste Stand des Index seit Beginn der Befragungen im Oktober 2016 (siehe Abbildung 1). Zudem ist der markante Rückgang um 3,25 Punkte im Vergleich zum März 2020 der mit Abstand größte bisher verzeichnete Verlust zum Vormonat. Die Verbraucher befinden sich im Krisenmodus, die Verbraucherstimmung ist im Keller.

Noch im Vormonat lag diese Stimmung auf moderatem Niveau von 99,91 Punkten. Dass es nun in den vergangenen Wochen zu einer schnellen Folge von politischen Einschränkungen des öffentlichen Lebens kam, lässt die Verbraucher nun deutlich pessimistischer in die Zukunft blicken.

Die Stärke des Rückgangs des HDE-Konsumbarometers im April lässt sich durch negative Entwicklungen ausnahmslos aller Teilindikatoren erklären.

Die Anschaffungsneigung fällt um knapp vier Punkte auf den 100,62 Punkte (siehe Abbildung 2). Noch im Vormonat hatte dieser Teilindikator ein Elf-Monats-Hoch erreicht, dem folgt nun eine deutliche Korrektur.

Abbildung 2: Anschaffungs- und Sparneigung²

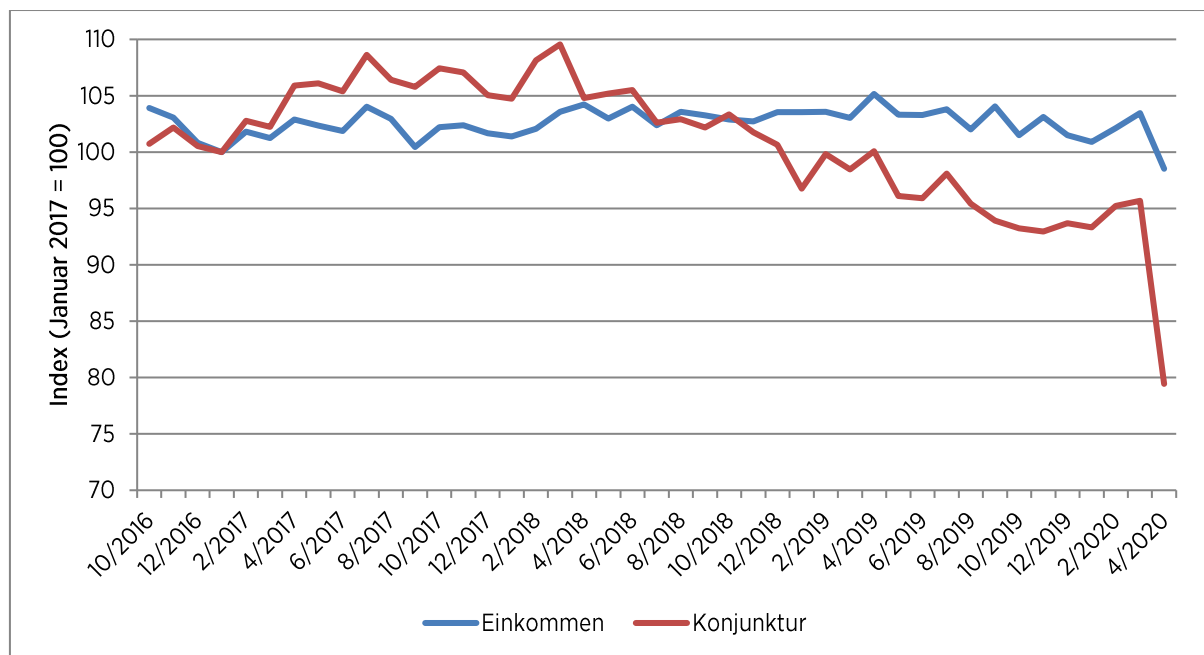


² Beim Einzelindikator „Sparneigung“ wird ein inverser Zusammenhang mit der Konsumstimmung angenommen. Aus diesem Grund ist er invers gebildet. Steigende Werte signalisieren, dass dieser

Ebenfalls deutlich gesunken ist die Sparneigung, aufgrund der inversen Konstruktion des Teilindikators in einem steigenden Wert ausgedrückt.

Im März noch war die Sparneigung angestiegen, was als Hinweis auf ein Sicherheitssparen zu Beginn der aufziehenden Krise interpretiert werden konnte. Nun ist die Krise bei den Befragten angekommen. Viele Betriebe haben geschlossen oder lassen die Produktion ruhen, immer mehr Beschäftigte sind bereits in Kurzarbeit oder werden es in den kommenden Wochen sein, die Anzahl der Arbeitslosen steigt an. Damit einher geht die Erwartung, in den kommenden Monaten keine weiteren Polster ansparen zu können.

Abbildung 3: Einkommens- und Konjunkturerwartung



Diese Entwicklung von Anschaffungs- und Sparneigung lassen sich vor dem Hintergrund der Einkommenserwartungen erklären (siehe Abbildung 3). Hier fallen die Erwartungen um knapp fünf Punkte auf einen Wert von 98,52. Dies ist der niedrigste Wert, den die Einkommenserwartung seit Beginn der Befragung hatte, sowie der größte bisher verzeichnete Rückgang zum Vormonat. Die Einkommenserwartung war in den vergangenen Jahren

Einzelindikator positiv auf das Konsumbarometer wirkt. Die dahinterliegende Neigung sinkt zugleich aber (siehe auch Kasten *Zur Interpretation der Einzelindikatoren*).

durchweg eine stabile Stütze für die Verbraucherstimmung – die gute Verfassung des Arbeitsmarktes und die durchweg hohen Lohnabschlüsse der vergangenen Jahre stimmten die Verbraucher positiv. Die Aussicht, dass die Krise nun auch auf den Arbeitsmarkt durchschlagen wird, ändert diese Erwartung deutlich.

Die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute übertrafen sich gegenseitig in den vergangenen Wochen mit Negativprognosen für die kommenden Monate und zeichneten ein düsteres Bild für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Dies zeigt bei den Befragten Wirkung: Die Konjunkturwartung fällt um satte 16,24 Punkte im Vergleich zum Vormonat. Dies ist der größte Rücksetzer dieses Teilindikators binnen eines Monats. Der Wert von 79,44 ist zudem der mit weitem Abstand niedrigste bisher aufgezeichnete Wert - mehr als 13 Punkte unter dem bisherigen Tiefstwert vom November 2019. Im Vorjahresvergleich hat die Konjunkturerwartung damit knapp 20 Punkte eingebüßt.

Die Grundlage für das HDE-Konsumbarometer bildet eine repräsentative Befragung von 2.000 Personen. Damit die Ergebnisse nicht übermäßig von aktuellen Ereignissen zu einem bestimmten Zeitpunkt eines Monats beeinflusst werden, findet die Befragung kontinuierlich statt. Dies erlaubt zudem, Entwicklungen nicht nur auf Monats-, sondern auch auf Wochenbasis zu analysieren. Wie rapide sich die Erwartungen der Befragten in den vergangenen Wochen verschlechterten, zeigt Abbildung 4: Entwicklung verschiedener Erwartungen in den vergangenen vier Wochen. Hier ist deutlich zu sehen, dass in dem Maße wie sich von Woche zu Woche die Maßnahmen und Erwartungen verschärften, die Einschätzungen der Verbraucher immer negativer wurden.

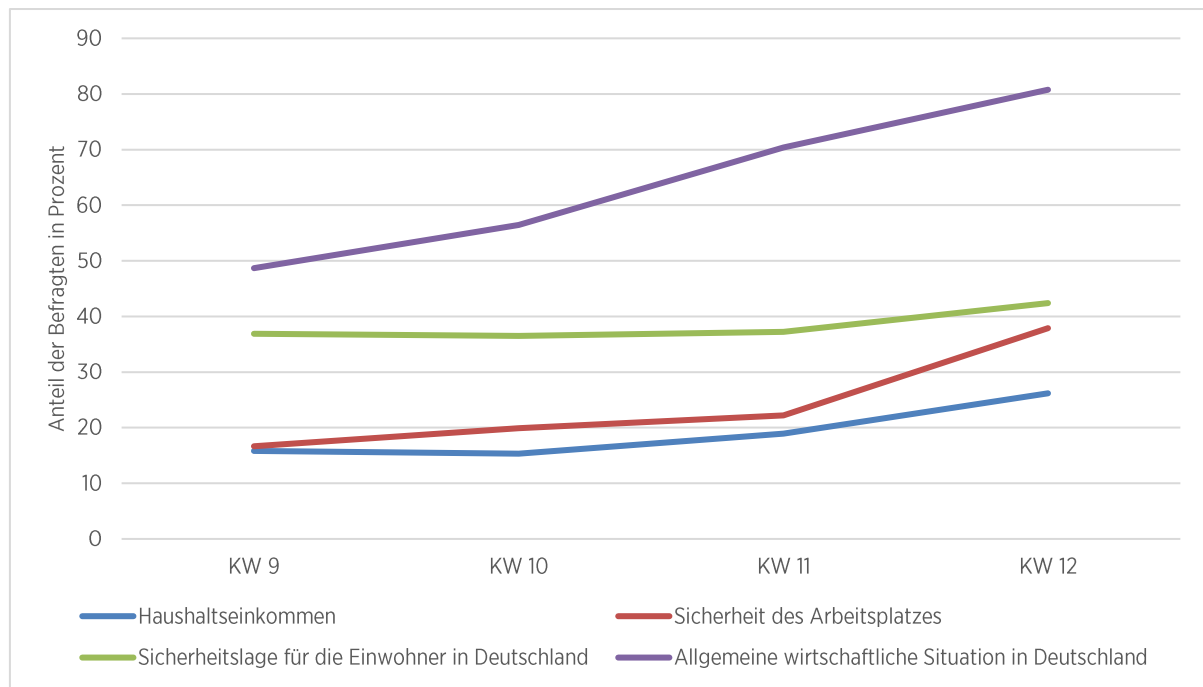
In Kalenderwoche (KW) 9 gaben noch weniger als die Hälfte der Befragten an, dass sie in den kommenden drei Monaten eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation erwarten. Nur vier Wochen später waren es schon 81 Prozent der Befragten, die davon ausgingen, dass sich die gesamtwirtschaftliche Situation verschlechtern wird.

Besonders deutlich verschlechterten sich die Erwartungen in der letzten Woche der Befragungen für das aktuelle Barometer. Im KW 11 drückten 19 Prozent der Befragten die Erwartung aus, dass sich ihr Haushaltseinkommen verringern könnte, eine Woche später waren es bereits 26 Prozent. Noch deutlicher ist diese Entwicklung bei der Sicherheit des Arbeitsplatzes: Knapp 38 Prozent der befragten Erwerbstätigen gaben in KW 12 an, dass die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes sich in den kommenden zwölf Monaten verschlechtern würde – mehr als 15 Prozentpunkte mehr als eine Woche zuvor.

Vergleichsweise stabil war lange die Erwartung bezüglich der Sicherheitslage in Deutschland, aber auch hier gab es in der letzten Befragungswoche eine deutliche Eintrübung – 42 Prozent

der Befragten erwarten hier eine Verschlechterung der Situation. In den Vorwochen waren dies jeweils 36 – 37 Prozent der Befragten.

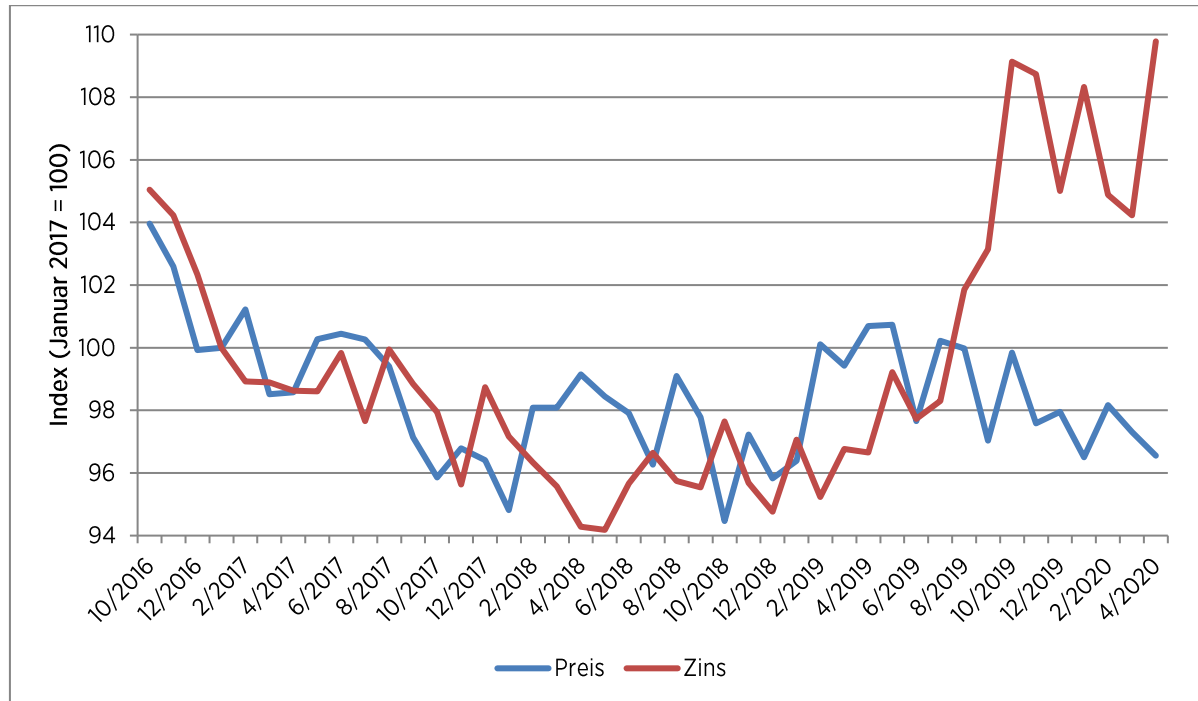
Abbildung 4: Entwicklung verschiedener Erwartungen in den vergangenen vier Wochen³



Die Zinserwartungen der Befragten sind im April massiv gesunken (aufgrund der inversen Bildung durch einen steigenden Wert ausgedrückt). Die Erwartung einer expansiven Geldpolitik zur Bekämpfung der Krise sowie die jüngsten Ankündigungen der EZB, bis zum Jahresende Anleihen im Wert von 750 Milliarden Euro zu kaufen und damit den Markt in bisher ungekanntem Ausmaß mit Liquidität zu fluten, dürften hier Wirkung gezeigt haben (siehe Abbildung 5). Wie bei vielen anderen Teilindikatoren auch, gilt für die Zinserwartung, dass der im April gemessene Wert den bisherigen Tiefststand repräsentiert.

Wenig Veränderung gibt es bei den Preiserwartungen, mit 96,55 Punkten verharren diese Erwartungen etwa auf dem Niveau der vergangenen Monate.

³ Prozentualer Anteil der Befragten, die der Meinung sind, dass sich der jeweilige Aspekt in den nächsten drei Monaten (bei Sicherheit des Arbeitsplatzes zwölf Monaten) im Vergleich zum jetzigen Zeitpunkt eher verschlechtert bzw. sehr verschlechtert.

Abbildung 5: Preis- und Zinserwartung⁴

Fazit: Die Corona-Pandemie hat eine gesamtwirtschaftliche Krise ausgelöst. Noch sind die Schwere und Dauer dieser Krise nicht abzusehen. Dass es aber im Verlauf der kommenden Monate zu einer weltweiten Rezession kommen wird, darf als sicher gelten. Diese Krise ist auch bei den Verbrauchern in Deutschland angekommen – die Verbraucherstimmung ist deutlich eingetrübt. Das HDE-Konsumbarometer fällt auf seinen bisherigen Tiefstwert, gleiches gilt für die Einkommens- und Konjunkturerwartung. Zudem machen sich mittlerweile mehr als ein Drittel aller befragten Erwerbstätigen Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz.

Für die kommenden Monate ist mit einem deutlichen Rückgang des Konsums in Deutschland zu rechnen. Viele Arten des privaten Verbrauchs sind schon heute aufgrund der weitreichenden politischen Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus eingeschränkt oder gar nicht mehr möglich. Die deutlich verschlechterte Verbraucherstimmung deutet zudem darauf hin, dass auch bei einer Lockerung dieser Maßnahmen noch mit einer längeren Zurückhaltung der Konsumenten zu rechnen ist.

⁴ Bei den Einzelindikatoren „Preiserwartung“ und „Zinserwartung“ wird ein inverser Zusammenhang mit der Konsumstimmung angenommen. Aus diesem Grund sind sie invers gebildet. Steigende Werte signalisieren, dass diese Einzelindikatoren positiv auf das Konsumbarometer wirken. Die dahinterliegenden Erwartungen sinken zugleich aber (siehe auch Kasten *Zur Interpretation der Einzelindikatoren*).

Methodik

Die **Datenbasis** für das HDE-Konsumbarometer bildet eine monatliche Haushaltsbefragung, die vom Marktforschungsinstitut YouGov durchgeführt wird. Die Stichprobe umfasst jeweils ungefähr 2.000 Haushalte und ist bevölkerungsrepräsentativ.

Für die Bildung des HDE-Konsumbarometers wird ein ausgewählter Pool zukunftsorientierter **Fragen** (Erwartungen für die nächsten drei Monate) genutzt. Konkret stützt sich das HDE-Konsumbarometer auf sechs Fragen, durch die Erwartungen über die Entwicklung der Anschaffungs- und Sparneigung, der Einkommensentwicklung, der Konjunkturentwicklung sowie der Entwicklung des Zins- und Preisniveaus erhoben werden. Die Antwortkategorien zu den einzelnen Fragen basieren auf einer 5-stufigen Likert-Skala (viel weniger – eher weniger – gleich viel – eher mehr – viel mehr).

Zur **Berechnung** des HDE-Konsumbarometers werden den einzelnen Antworten Punktwerte von eins bis fünf zugeordnet. Anschließend wird für jede Frage der durchschnittliche Antwortwert berechnet. Da die Extremwerte auf der Antwortskala stärkere Verhaltensänderungen der Befragten ausdrücken, werden sie höher gewichtet. Für den aktuellen Barometerwert werden die einzelnen durchschnittlichen Antworten addiert. Bei der Berechnung des Barometers gehen die Antworten auf die sechs Einzelfragen mit unterschiedlichen Gewichten ein, die dem jeweiligen Einfluss auf den Konsum Rechnung tragen.

Des Weiteren wird berücksichtigt, dass die Entwicklung der Anschaffungsneigung verschiedener Haushalte je nach Einkommenshöhe eine unterschiedliche Auswirkung auf den gesamten privaten Konsum hat. Daten des Statistischen Bundesamts zeigen, dass die Gruppe der Haushalte mit einem höheren verfügbaren Einkommen – unter Berücksichtigung der Besetzungszahlen – einen größeren Anteil am gesamten privaten Konsum in Deutschland haben. Mit einer Ausweitung/Einschränkung ihres Konsums rufen diese Haushalte somit deutlichere Veränderungen des gesamten privaten Konsums hervor als Haushalte mit einem geringeren verfügbaren Einkommen. Daher wird das zuvor beschriebene Vorgehen der Ermittlung der Durchschnittsantworten für fünf verschiedene Haushaltstypen (Abgrenzung: monatlich frei verfügbares Haushaltsnettoeinkommen) separat durchgeführt. Der Wert des Konsumbarometers ist die gewichtete Summe der Teilwerte der einzelnen Haushaltsklassen. Die Gewichtung der Haushalte nach verfügbarem Einkommen erfolgt in Anlehnung an den Anteil der Haushaltstypen nach Einkommensniveau am privaten Konsum.

Lange Reihe der Werte des HDE-Konsumbarometers und der Einzelindizes (ab 10/2016)

Tabelle 3: HDE-Konsumbarometer und Einzelindizes

	HDE	EK	AN	SP ^a	PR ^a	KJ	ZI ^a
Oktober 2016	102,49	103,92	104,21	99,32	103,96	100,72	105,05
November 2016	102,28	103,06	104,95	98,69	102,59	102,19	104,23
Dezember 2016	100,78	100,83	100,61	100,96	99,92	100,54	102,34
Januar 2017	100	100	100	100	100	100	100
Februar 2017	100,99	101,82	101,91	98,91	101,22	102,78	98,92
März 2017	100,04	101,26	100,51	98,23	98,52	102,24	98,89
April 2017	102,19	102,89	104,49	100,06	98,58	105,89	98,62
Mai 2017	101,57	102,34	101,82	99,48	100,27	106,10	98,61
Juni 2017	102,55	101,86	104,65	101,52	100,45	105,38	99,83
Juli 2017	102,28	104,04	102,00	99,47	100,27	108,62	97,66
August 2017	101,62	102,95	104,72	96,53	99,40	106,42	99,94
September 2017	100,63	100,45	101,75	99,01	97,13	105,78	98,84
Oktober 2017	101,31	102,22	104,39	97,75	95,86	107,43	97,94
November 2017	101,52	102,37	103,97	99,20	96,78	107,08	95,63
Dezember 2017	100,96	101,67	102,72	99,11	96,41	105,04	98,74
Januar 2018	100,18	101,39	102,41	97,77	94,81	104,75	97,16
Februar 2018	101,02	102,07	101,28	98,40	98,09	108,15	96,33
März 2018	101,18	103,57	104,07	94,71	98,09	109,56	95,57
April 2018	101,50	104,24	103,45	98,37	99,15	104,78	94,28
Mai 2018	100,96	102,98	102,96	97,92	98,44	105,20	94,18
Juni 2018	101,31	104,02	105,88	95,57	97,91	105,50	95,67
Juli 2018	99,97	102,38	100,13	98,56	96,27	102,60	96,65
August 2018	101,43	103,56	105,24	97,88	99,10	102,93	95,75
September 2018	99,98	103,27	102,15	95,95	97,78	102,18	95,54
Oktober 2018	100,49	102,90	102,18	98,56	94,46	103,36	97,64

November 2018	100,69	102,73	104,28	97,98	97,22	101,74	95,69
Dezember 2018	100,12	103,55	104,04	96,52	95,82	100,66	94,76
Januar 2019	99,30	103,55	102,36	95,92	96,39	96,75	97,06
Februar 2019	99,76	103,57	99,85	97,08	100,11	99,82	95,23
März 2019	99,42	103,02	100,98	95,89	99,42	98,45	96,76
April 2019	101,14	105,16	106,47	94,79	100,69	100,09	96,65
Mai 2019	99,93	103,33	101,61	97,20	100,74	96,10	99,22
Juni 2019	100,03	103,29	103,88	97,59	97,65	95,91	97,73
Juli 2019	100,18	103,80	103,75	95,35	100,22	98,10	98,30
August 2019	99,73	102,02	101,34	97,88	99,98	95,43	101,85
September 2019	100,01	104,07	103,90	96,64	97,03	93,91	103,14
Oktober 2019	99,74	101,50	101,70	97,41	99,84	93,24	109,14
November 2019	99,79	103,13	103,12	96,11	97,58	92,95	108,74
Dezember 2019	99,33	101,49	103,39	96,00	97,95	93,70	105,01
Januar 2020	99,18	100,90	100,87	98,04	96,50	93,32	108,33
Februar 2020	99,28	102,12	99,60	97,53	98,17	95,22	104,88
März 2020	99,91	103,46	104,57	94,89	97,30	95,67	104,23
April 2020	96,66	98,52	100,62	97,53	96,55	79,44	109,78

Index: Januar 2017 = 100; HDE: HDE-Konsumbarometer; EK: Einkommenserwartung;
AN: Anschaffungsneigung; SP: Sparneigung; PR: Preiserwartung; KJ:
Konjunkturerwartung; ZI: Zinserwartung

°:Bei diesen Einzelindikatoren wird ein inverser Zusammenhang mit der
Konsumstimmung angenommen. Aus diesem Grund sind sie invers gebildet. Steigende
Werte signalisieren, dass diese Einzelindikatoren positiv auf das Konsumbarometer
wirken. Die dahinterliegende Neigung bzw. Erwartung sinkt zugleich aber (siehe auch
Kasten *Zur Interpretation der Einzelindikatoren*).

Rechtlicher Hinweis

Die vorstehenden Angaben und Aussagen stellen keine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung dar. Die verwendeten Daten stammen aus unterschiedlichen Quellen und wurden als korrekt und verlässlich betrachtet, jedoch nicht unabhängig überprüft; ihre Vollständigkeit und Richtigkeit sind nicht garantiert, und es wird keine Haftung für direkte oder indirekte Schäden aus deren Verwendung übernommen, soweit nicht durch grobe Fahrlässigkeit oder vorsätzliches Fehlverhalten unsererseits verursacht.

Alle Meinungen können ohne vorherige Ankündigung und ohne Angabe von Gründen geändert werden. Die vorstehenden Aussagen werden lediglich zu Informationszwecken des Auftraggebers gemacht und ohne darüber hinausgehende vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt.

Soweit in vorstehenden Angaben Prognosen oder Erwartungen geäußert oder sonstige zukunftsbezogene Aussagen gemacht werden, können diese Angaben mit bekannten und unbekanntem Risiken und Ungewissheiten verbunden sein. Es kann daher zu erheblichen Abweichungen der tatsächlichen Ergebnisse oder Entwicklungen zu den geäußerten Erwartungen kommen. Neben weiteren hier nicht aufgeführten Gründen können sich insbesondere Abweichungen aus der Veränderung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, der Entwicklung der Finanzmärkte und Wechselkurse sowie durch Gesetzesänderungen ergeben.

Das Handelsblatt Research Institute verpflichtet sich nicht, Angaben, Aussagen und Meinungsäußerungen zu aktualisieren.

Es gelten die [Allgemeinen Geschäftsbedingungen](#) des Handelsblatt Research Institute.

Handelsblatt Research Institute

Toulouser Allee 27
40211 Düsseldorf
+49 (0)211/887-1100
www.handelsblatt-research.com

Autoren

Dr. Sven Jung
Dr. Jan Kleibrink
Prof. Dr. Dr. h. c. Bert Rürup

Ansprechpartner

Dr. Sven Jung
+49 (0)211/887-1243
jung@handelsblatt-research.com

Studie im Auftrag des HDE

© 2020 Handelsblatt Research Institute